



Protokoll der 33. Sitzung des Einwohnerrates

vom 14. Dezember 2011, 17.00 Uhr, im Stadtsaal, Rathaus

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Elisabeth Augstburger, Peter Küng, Christine Mangold und Peter Stengle

Traktanden

Laufnummer

- ://: Die Geschäfte „Stadtentwicklungsplan“ (Nr. 2009/47) und „Quartierförderung“ (Nr. 2011/192) werden von der Traktandenliste abgesetzt und auf die nächste Ratssitzung vom 25.01.2011 neu traktandiert.*
- 2009/47
2011/192
1. Jahresprogramm 2012 2011/187
://: Das Jahresprogramm 2012 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.
2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Voranschlag 2012 2011/188
2011/188a
2011/188b
2011/188c
://: Der Voranschlag 2012 wird in der Schlussabstimmung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung (Belassen von Feuerwehrpflichtersatzabgabe auf 0,4 %) mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme genehmigt.
3. Bericht Stadtrat zur Motion der Bau- und Planungskommission betreffend Velospur bergseits der Rosenstrasse vor der neuen Lichtsignalanlage an der Kreuzung Rosenstrasse – Nonnenbodenweg - Sulzbergstrasse; Nachtragskredit von CHF 25'000 zur Sondervorlage Nr. 2011/173 2011/190
2011/190a
://: Grossmehrheitlich wird bei 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung der Gegenantrag der FDP-Fraktion gutgeheissen: Die Velospur ist zu realisieren, wobei die Ausführung im Kostenrahmen des Kredites für die neue Lichtsignalanlage (Nr. 2011/173) zu integrieren ist.
://: Die BPK-Motion Nr. 2011/190 wird einstimmig als erfüllt abgeschrieben.
4. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Vereinbarung „Baurechtszinsen“ der Stadt Liestal mit Bürgergemeinde Liestal 2011/176
2011/176a
://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme wird der Vereinbarung für die Parzelle der Sport- und Freizeitanlagen im Gitterli zugestimmt.
://: Dem FIKO-Gegenantrag, dass der Baurechtszins für die Gitterli-Parzelle fix jedes Jahr TCHF 337 beträgt (ohne Teuerung) wird mit 26 Stimmen zugestimmt, auf den Gegenantrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion für einen jährlichen Baurechtszins von TCHF 325/Jahr (ohne Teuerung) entfallen 10 Stimmen.
://: Einstimmig wird von der Vereinbarung für die Parzellen auf der Sichern Kenntnis genommen.

- ://: Einstimmig wird von der Vereinbarung für die Parzelle Goldbrunnenstrasse Kenntnis genommen.*
5. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission betreffend Vereinbarung „Unterhalt der Waldwege 2012-2016“ der Stadt Liestal mit der Bürgergemeinde Liestal 2011/177
2011/177a
://: Einstimmig wird den Anträgen zugestimmt und ein wiederkehrender Beitrag von CHF 75'000 an die Bürgergemeinde für die Wartung und den Unterhalt der Waldwege für die Jahre 2012 bis 2016 bzw. bis der Waldentwicklungsplan WEP vorliegt, genehmigt.
 6. Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) betreffend Mehrjahresplanung Schiessanlage Sichtern: Kreditgenehmigung für Investitionen 2011/2012, Kenntnisnahme Investitionsplanung 2013-2015 2011/174
2011/174a
2011/174b
2011/174c
*://: Den bereinigten Anträgen des Stadtrates und der FIKO wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen zugestimmt und ein Brutto-Investitionskredit von CHF 419'000 für den Einbau von Kugelfängen bewilligt.
://: Dem FIKO-Gegenantrag, dass die Investitionskosten von maximal netto CHF 70'000 exklusiv für den Einbau von künstlichen Kugelfängen an den stadteigenen Scheiben über 300m (Scheiben 41 – 50) und über 50m (Scheiben 1 – 20) verwendet werden, wird grossmehrheitlich bei 3 Enthaltungen zugestimmt.*
 7. Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation „Auslagerung des Asylwesens in der Stadt Liestal“ von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, Walter Leimgruber namens der SP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion 2011/191
2011/191a
Erledigt nach Beantwortung durch Stadtrat.
 8. Waldbaulinienpläne Los 3 – Burghalden (Plan 1), Sichteren (Plan 19), Laubiboden, Weiermätteli, Munzach (Plan 20), Brüelmatten (Plan 21), Hasenbüel (Plan 23), Guetsmatten (Plan 24), Chessel (Plan 25), Weiermatt (Plan 26) 2011/194
vertagt
 9. Kreditbewilligung für die Sanierung Büchelistrasse/Obergestadeckweg - Strasse: CHF 120'000.--; Wasserleitung: CHF 250'00.--; Abwasserleitung: CHF 150'000.-- 2011/195
Die beantragten Kredite werden einstimmig genehmigt.
 10. Stadtentwicklungsplan Liestal 2020 – Bericht Stadtrat zum Postulat „Professionelles Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion 2009/47
2009/47a
vertagt, Absetzung von Traktandenliste
 11. Postulat „Quartierförderung – Erhebung der Bedürfnisse“ von Walter Leimgruber der SP-Fraktion 2011/192
vertagt, Absetzung von Traktandenliste
 12. Postulat zur finanziellen Unterstützung des Tourismusbüros in Liestal von Beat Gränicher der SVP-Fraktion und Franz Kaufmann der SP-Fraktion 2011/193
Vertagt

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) begrüsst die Ratsmitglieder sowie Gäste und Medienvertreter zur heutigen Sitzung, welche wieder einmal im Stadtsaal des Rathauses stattfindet.

Mitteilungen des Ratsbüros

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) orientiert kurz über die wichtigsten Punkte sowie Entscheide der letzten Bürositzung vom 08. Dezember 2011:

- Die Ratsmitglieder werden gebeten, an der heutigen Ratssitzung laut und deutlich zu sprechen, da im Stadtsaal keine Mikrofonanlage zur Verfügung steht.
- Ratsmitglied Peter Stengle (SP) hat seinen Rücktritt per 15.12.2011 erklärt und sich für die heutige Ratssitzung entschuldigen lassen. Sein Demissionsschreiben vom 30.11.2011 wird verlesen.
- Die Anmeldungen bzw. Rückmeldetalons für das Jahresschlussessen vom 25.01.2012 sind dem Ratsschreiber bis am Schluss der heutigen Ratssitzung abzugeben. Dieses findet im Anschluss an die Januar-Sitzung statt, welche auf 16.00 Uhr einberufen wird.

Während der Pause können im Vorraum zum Mineralwasser und beim Ratsschreiber Kaffee-Kapseln für den Automaten bezogen werden.

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmzettel, gelb
- ER-Vorlage Nr. 2011/188c (Voranschlag 2012, Budgetantrag)
- ER-Vorlagen Nr. 2011/196 – Nr. 2011/198 (neue Vorstösse)

Stimmenzähler/innen

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- | | |
|------------------|--|
| - Corinne Ruesch | A: Seite FDP + Präsident/Vizepräsident |
| - Canan Güngör | B: Mitte |
| - Sabine Sutter | C: Seite SP, Grüne |

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat „Schiessanlage Sichern“ von Jürg Holinger der Grünen Fraktion (Nr. 2011/196)
- Postulat betreffend Lärmschutzmassnahmen an der Kasernenstrasse im Bereich Brücke Überführung Frenke und entlang der Ein- und Ausfahrt Anschluss Altmarkt von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/197)
- Interpellation „Bushaltestelle Stadion“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/198)

Mitteilungen des Stadtrates

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert darüber, dass der Stadtrat im Zusammenhang mit der Pensionierung von Bereichsleiter Marco Avigni beschlossen hat, den Bereich Soziales/Gesundheit/Kultur mit dem Stab Recht/Sicherheit zusammenzulegen. Die Gründe für diese Zusammenlegung seien bedingt durch den künftigen Wegfall der Stadtpolizei im Bereich Recht/Sicherheit und die neu geschaffene Abteilung Schutz/Rettung, welche die Milizorganisation stärke. Im Bereich Soziales entfalle zukünftig beim WAL die Betreuung. Zusätzlich verlange das Kinder- und Erwachsenenschutzrecht ab 2013 eine eigene Behörde, die Gemeinden seien nicht mehr zuständig, wodurch in der Stadt Liestal auch die Vormundschaftsbehörde weg falle. Der Bereich Kultur, welcher bisher im Bereich Soziales angegliedert war, werde neu ab 1. Januar 2012 ins Präsidiale respektive in die Zentralen Dienste übergehen.

Traktandenliste

- **Stadtentwicklungsplan Liestal 2010** – Bericht Stadtrat zum Postulat „Professionelles Stadt- und Standort-Entwicklungsprogramm für Liestal“ von Matthias Zimmermann namens der SP-Fraktion (Nr. 2009/47, Nr. 2009/47a)
- **Postulat „Quartierförderung** – Erhebung der Bedürfnisse“ von Walter Leimgruber der SP-Fraktion (Nr. 2011/192)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass das Büro auf Vorschlag des Stadtrates dem Rat den Antrag unterbreitet, dass das Geschäft „Stadtentwicklungsplan Liestal 2010“ von der heutigen Traktandenliste abgesetzt und auf die nächste Einwohner-ratssitzung vom 25. Januar 2012 verschoben wird.

Stadtpräsidentin Regula Gysin begründet das stadträtliche Begehren für eine Verschiebung des Geschäfts damit, dass Einwohnerrat genug Zeit zum Lesen der umfangreichen Dokumente haben sollte.

Walter Leimgruber (SP) stellt den Antrag, dass sein Postulat „Quartierförderung“ ebenfalls von der heutigen Traktandenliste abgesetzt wird, da beiden Vorlagen inhaltlich zusammen gehören und auch an derselben Sitzung thematisiert werden sollten.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann nach erfolgter Umfrage feststellen, dass bezüglich der Traktandenliste der heutigen Sitzung keine weiteren Wortbegehren angemeldet oder Änderungsanträge beantragt werden.

://: Die Traktandenliste wird mit der Aussetzung des Geschäfts „Stadtentwicklungsplan Liestal 2010“ (Nr. 2009/47) und des Traktandums Nr. 10 Postulat „Quartierförderung“ (Nr. 2011/192) einstimmig beschlossen.

308 0.01.011.01 Einwohnerrat

1. Jahresprogramm 2012 (Nr. 2011/187)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist. Die Fraktionssprecher werden gebeten, sich zum Jahresprogramm 2012 zu äussern.

William Dalcher (SVP) erklärt, dass seine Fraktion Kenntnis vom Jahresprogramm 2012 nehme und die Sanierung der Kühlzelle für die Kadaversammelstelle begrüsse. Der Standort der Kadaversammelstelle ist nicht ideal und deshalb sollte zeitgleich mit der Sanierung auch ein neuer Standort für die Kadaversammelstelle gesucht werden.

Adrian Mächler (FDP) führt aus, dass das Papier auf den ersten Blick zwar dünn wirke, aber insgesamt doch eine geballte Ladung enthalte. Es sei zu wünschen, dass auch die neuen Stadtratsmitglieder diese Ziele umsetzen können. Dem Stadtrat und den Angestellten der Verwaltung werde viel Erfolg bei der Umsetzung der gesteckten Ziele gewünscht. Die FDP-Fraktion nehme gerne Kenntnis vom Jahresprogramm 2012.

Walter Leimgruber (SP) erklärt, dass der Jahresprogramm mit seinen umfangreichen Zielen von der SP-Fraktion zustimmend zur Kenntnis genommen werde. Die Kohärenz mit dem Voranschlag 2012 sei vorhanden und gut. Beim Vergleich der Bereiche muss festgestellt werden, dass die politische Bedeutung der nächstjährigen Schwerpunkte teilweise recht unterschiedlich sind. Irritierend sind die unterschiedlichen Aussagen bezüglich der Auslagerung des Asylwesens im Entwicklungsplan, Voranschlag und Jahresprogramm. Diesbezüglich wird man am heutigen Abend sicher noch Stellung nehmen können. Wünschenswert wären auch Klarheiten bezüglich der Zukunft der Feuerwehr, der Stadtpolizei sowie der neuen Verwaltungspolizei.

Jürg Holinger (GL) sagt, seine Fraktion anerkenne die vom Stadtrat erstellte übersichtliche Auslegeordnung. Positiv beurteile die Fraktion speziell die Einführung einer Kompostberatung. Man hoffe auch, dass an der im Entwicklungsplan 2012-2016 erwähnten Möglichkeit zur Entsorgung von Speiseabfällen weiter festgehalten werde. Mit Erstaunen nahm man im Bereich Soziales vom Gegenleistungsmodell Littering Kenntnis, welches nicht an die Velostation als sogenannte Tochtergesellschaft der Stadt vergeben wurde. Erfreut habe man vom Genossenschaftswohnung-Projekt Kenntnis genommen, weil ein ähnlich gelagerter Vorschlag eines Ratsmitgliedes vor kurzer Zeit beim Stadtrat nicht gerade auf ein gutes Echo stiess. Man sei froh für weitere Informationen zum Projektstand und Angaben zum Standort dieser Wohnungen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass auch ihre Fraktion das gut lesbare Jahresprogramm 2012 zur Kenntnis nehme. Es wird bedauert, dass das Haus zur Allee erst im übernächsten Jahr saniert werden soll. Beim LEK sei die Umsetzung des Massnahmenkatalogs erwähnt und man möchte gerne erfahren, was dies für das Jahr 2012 bedeute.

Corinne Ruesch (GL) informiert, dass der geplante Systemwechsel bei der familienergänzenden Betreuung für Eltern von ihrer Fraktion unterstützt werde. Als nächster Schritt wäre die Altersgruppe von Schülern ins Auge zu fassen. Beim Haus zur Allee zeige sich bei der Abgrenzung des öffentlichen Raumes, wie zentral und wichtig die Umgebungsgestaltung des Hauses sei. Die Sanierung des Jugendhauses sei nicht nur jugendspezifisch, sondern auch für andere Zielgruppen gedacht. Dies unterstütze aber die Befürchtung ihrer Fraktion, dass bei der Jugendarbeit in Liestal keine Ziele gesetzt werden, was schon mehrfach in der Vergangenheit geäussert wurde.

Stadtratspräsidentin Regula Gysin nimmt zu verschiedenen Aussagen sowie Fragen Stellung.

Die Stadt Liestal besitzt nur noch ein Grundstück, welches an eine Parzelle der Bürgergemeinde grenzt und auf welcher diese Wohnungen erstellen möchte. Der Stadtrat möchte seine Parzelle momentan nicht überbauen, um Grünflächen erhalten zu können. Im Gespräch mit dem Bürgergemeindepräsident wurde nach einer Lösung zur Realisierung des Projekts für Genossenschaftswohnungen gesucht. Bevorzugt werde ein Quartier, in dem es bis heute noch keine Alterswohnungen habe, was auch dem Altersleitbild entspreche.

Die Firma ABS habe den Auftrag betreffend dem Littering-Projekt erhalten, da diese federführend im ganzen Kanton für das Littering-Projekt verantwortlich zeichnet. Der Auftrag mit einjähriger Vertragsdauer wurde von der Sozialhilfebehörde erteilt. Die Leitung der Velostation hatte diesbezüglich kein Angebot unterbreitet oder ein allfälliges Interesse am Littering-Projekt bei ihr deponiert.

Sollte das Haus zur Allee noch anderweitig genutzt werden und somit eine Fremdbenutzung überhaupt in Frage kommen, müsste die Komptabilität mit der Jugendhaus-Leitung geklärt werden. Ansonsten handle es sich nicht mehr um die offene Jugendarbeit, wie sie jetzt angeboten werde.

Betreffend Familien-Ergänzungsmassnahmen wird im Januar mit allen Anbietern der Paradigmenwechsel und das weitere Vorgehen besprochen.

Stadtrat Ruedi Riesen macht darauf aufmerksam, dass neben der Ortsplanung auch das Landschaftsentwicklungskonzept sehr wichtig sei. Der LEK-Massnahmenkatalog konnte aufgrund seines Umfangs nicht im Jahresprogramm eingebunden werden. Die LEK-Umsetzung wird im Januar in der BPK behandelt.

Franz Kaufmann (SP) bemerkt, dass das Jahresprogramm 2012 vom Stadtrat anfangs Oktober verabschiedet wurde, man sich darin auf das Stadtentwicklungskonzept beziehe, welches dem Einwohnerrat aber bereits einen Monat zur Kenntnis gebracht werde. Unstimmig sei auch das Erwähnen eines Kulturkonzeptes, welches weder dem Einwohnerrat noch der Allgemeinheit bekannt ist. Dies gelte auch für die im Jahresprogramm erwähnten Konzepte und/oder Dokumente bezüglich der Feuerwehr, Polizei usw., welche dem Einwohnerrat ebenfalls nicht bekannt sind.

Stadträtin Marion Schafroth nimmt Bezug auf das Votum von Ratsmitglied William Dalcher bezüglich der Kadaversammelstelle, und stellt fest, dass dessen Vorschlag bezüglich der Standortverlegung noch geprüft werde. Eine konkrete Antwort sei an der heutigen Sitzung nicht möglich. Für den heutigen Standort sprechen die Faktoren, dass es keine unmittelbar betroffenen Anwohner gebe und die Sammelstelle verkehrstechnisch gut erreichbar ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) möchte wissen, weshalb das juristische Volontariat aus finanziellen Gründen abgeschafft werde, obwohl der Lohn nur einem Lehrlingsgehalt entspreche. Junge wären froh um solche Angebote und hier wird wohl am falschen Ort gespart.

Stadtpräsidentin R. Gysin erklärt, dass das juristische Volontariat tatsächlich gestrichen wurde. Wenn die Rechtsabklärungen intern nicht vorgenommen werden können, müssen Externe beigezogen werden.

Das Kulturkonzept ist auf der Homepage der Stadt eingestellt und auch die finanziellen Beiträge werden im Voranschlag ausgewiesen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Das Jahresprogramm 2012 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.

309 0.01.011.01 Einwohnerrat

2. Berichte des Stadtrates, der Finanzkommission sowie der Bau- und Planungskommission betreffend Voranschlag 2012 (Nr. 2011/188, Nr. 2011/188a, Nr. 2011/188b, Nr. 2011/188c)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass vom Ratsbüro die Vorgehensweise und der Ablauf betreffend der Budget-Behandlung wie folgt vorgeschlagen wird:

- a) *Eintreten*
- b) *FIKO-Bericht (Nr. 2011/188a)*
- c) *BPK-Bericht (Nr. 2011/188b)*
- d) *Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen*
- e) *Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung
(keine Stellungnahmen zu Anträgen)*
- f) *Einzelredner: Gesamtwürdigung
(keine Stellungnahmen zu Anträgen)*
- g) *Budget-Einzelanträge (Nr. 2011/188c)*
- h) *Anträge Stadtrat (Nr. 2011/188), FIKO (Nr. 2011/188a) und BPK (Nr. 2011/188b)
(Anträge Stadtrat, FIKO und BPK identisch)*
- i) *Schlussabstimmung*

a) Eintreten

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Geschäft unbestritten ist.

b) FIKO-Bericht (Nr. 2011/188a)

Heinz Lurf (FDP) hält als FIKO-Präsident die wichtigsten Punkte des Kommissionsberichtes fest: Die Abweichungen vom Entwicklungsplan 2012-2016 zum Voranschlag 2012 werden in der stadträtlichen Vorlage ausgewiesen und begründet. Die Kommission hatte sich verschiedenen Schwerpunktthemen gewidmet, welche auf den Seiten 5 und 6 des FIKO-Berichtes aufgeführt sind. Die neuen Erkenntnisse bezüglich der Pflegefinanzierung sowie Sozialhilfegskosten hatten den Stadtrat dazu gezwungen, den Voranschlag 2012 nochmals eingehend zu überarbeiten und die Investitionsplanung zu überprüfen, damit dem Einwohnerrat ein ausgeglichenes Budget 2012 vorgelegt werden konnte. Der Entwicklungsplan 2013-2017 wird dem Einwohnerrat wegen der Neukonstituierung des Stadtrates im Wahljahr 2012 erst Ende August vorgelegt werden können. Bezüglich den FIKO-Anträgen bzw. Abstimmungsergebnissen wird auf die Seiten 3 und 4 des Kommissionsberichtes verwiesen.

c) BPK-Bericht (Nr. 2011/188b)

Matthias Zimmermann (SP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht zum Voranschlag 2012 und hält das Wichtigste daraus fest: Mit Bedauern habe auch die BPK davon Kenntnis genommen, dass verschiedene Investitionen wie beispielsweise die Aussenraumgestaltung „Allee“ zurückgestellt werden müssen. Die Projekte mit Investitionen über TCHF 300 sind von der BPK vertieft geprüft worden, was auf den ersten beiden Seiten des Berichtes auch kommentiert wird. Die BPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

d) Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen

Stadtrat Peter Rohrbach äussert sich zum Voranschlag 2012 sowie den Kommissionsberichten: Der Stadtrat hoffe, dass es im 2013 noch Korrekturen betreffend der Pflegefinanzierung und Ergänzungsleistungen zu Gunsten der Gemeinden geben werde. Ein weiterer Posten sei die Regelung Sonderlastenausgleich Sozialhilfe. Wenn Liestal mehr Sozialhilfe zahlen müsse, ändere der Sonderlastenausgleich nicht, weil nach jetziger Berechnungsart die effektiven Kosten nicht oder nur sehr marginal berücksichtigt würden. Eine Teuerungszulage ist nach Information des Landrates für 2012 nicht vorgesehen. Die kantonale Regelung wird vom Stadtrat übernommen. Vorgesehen sei hingegen, dass alle Mitarbeitenden einmalig einen zusätzlichen Ferientag im 2012 erhalten. Zusammenfassend hält er fest, dass sich der Stadtrat zusammen mit der Verwaltung bemühte, auf die neue Situation zu reagieren. Er bittet den Einwohnerrat, dem Voranschlag 2012 als Gesamtpaket zuzustimmen, wie es vom Stadtrat vorgelegt wurde.

e) Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) bittet die Fraktionssprecher, sich an dieser Stelle nur gesamthaft zum Voranschlag 2012 zu äussern. Diese können zu den einzelnen Anträgen später noch Stellung nehmen.

Peter Furrer (CVP) hält fest, dass die Fraktion zur Kenntnis nehme, dass der Voranschlag wesentlich schlechter ausfalle, als er im Finanzplan vorgesehen sei. Immerhin könne man feststellen, dass die Einwohnerkasse dennoch mit einem Überschuss abschliesse, was erlaube, Schulden weiter abzubauen, wenn auch nicht im geplanten Ausmass. Dabei werden Investitionen nicht vernachlässigt, sondern entsprechend dem vorhandenen Nachholbedarf sogar noch erhöht. Aufgrund der vorliegenden Zahlen und den Beratungen in FIKO und BPK unterstütze seine Fraktion die meisten Anträge des Stadtrates. Einzig dem Gegenantrag betreffend der Feuerwehersatzabgabe folge die Fraktionsmehrheit dem Antrag von Ratsmitglied Daniel Spinnler.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, ihre Fraktion danke dem Stadtrat für die sorgfältige Ausarbeitung des ausgewogenen Voranschlags 2012. Der Stadtrat zeige, dass er Verantwortung übernehme, indem er korrigierend eingreife, so dass noch immer mit einem Ertragsüberschuss gerechnet werden kann. Es werde eine ausgeglichene Rechnung im 2012 mit positivem Finanzierungssaldo und einem Schuldenabbau von CHF 0,5 Mio. angestrebt. Die Fraktion werde den Stadtratsanträgen folgen, zum Feuerwehersatzabgabe-Antrag werde sie später noch Stellung nehmen. Weiter nehme sie noch zu weiteren Punkten Stellung. Beim Haus zur Allee und beim Jugendhaus handle es sich um eine eigentliche Visitenkarte der Stadt und ein Imagepunkt. Man sei der Meinung, dass die Renovation nicht mehr lange hinausgeschoben werden dürfe. Mit der neuen Gestaltung werde auch die Aussennutzung klarer und sichtbarer geregelt. Es werde ein grosser Kostenanstieg bei der Sozialhilfe erwartet, junge Arbeitslose werden zunehmen. Der Stadtrat dürfe nichts unterlassen, um mit einem wirk-

samen, eigenen und nicht gekauften Reintegrationsprogramm, viele der jungen Arbeitslosen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier dürfe nicht gespart werden. Die genutzten Programme sollen aber auch immer wieder auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden. Beim Asylwesen wurden viele Fragen beantwortet, die Zweifel konnten noch nicht ausgeräumt werden. Aus finanzieller Sicht ist die Auslagerung nicht nachvollziehbar. Sie unterstreiche den Satz aus dem Entwicklungsplan, dass aus Kosten- und Effizienzgründen die Auslagerung nicht sinnvoll sei. Die Fraktion befürchte zu den budgetierten Mehrkosten von CHF 20'000 auch eine Kostenzunahme. Der Stadtrat werde gebeten, die Kostenentwicklung sehr kritisch zu verfolgen. In der Postulatsbeantwortung werde noch detaillierter darauf eingegangen.

Hanspeter Stoll (SP) führt aus, dass der Verlauf des Entwicklungsplanes über den Voranschlag zur Rechnung sehr gut funktioniere. Seine Fraktion sei der Meinung, dass das Budget realistisch sei und der Stadtrat sowie die Verwaltung gute Arbeit leisteten. Es müsse auch festgehalten werden, dass man hier über einen Voranschlag 2012 mit schwarzen Zahlen spreche, dies sei in vielen Gemeinden heute ganz anders, welche tieferen Budgetzahlen ausweisen. Hier im Einwohnerrat spreche man jetzt über 85 % von gebundenen Ausgaben, auf die restlichen 15 % könne man geringen Einfluss nehmen. Es sei leider auch so, dass der Kanton keine verlässlichen Zahlen liefern könne. Man werde hier immer wieder überrascht, dies sei beispielsweise bei den Pflegeleistungen und der Sozialhilfe so, und die Gemeinden haben sich einfach anzupassen. Die SP-Fraktion werde auch Fragen zur Rechnung haben. Diese betreffen zum einen die hohen externen Beratungshonorare, oder auch die Frage, ob Auslagerungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, billiger oder eher teurer wurden. Das werde man im Zusammenhang mit der Rechnung sicher überprüfen. Gefreut habe man sich über die positive Entwicklung des Mittagstisches betreffend der Anzahl der zu betreuenden 145 Schüler. Mit den Anträgen des Stadtrats sei die Fraktion einverstanden. Bei der Feuerwehersatzabgabe gebe es unterschiedliche Meinungen innerhalb seiner Fraktion. Es werde einerseits als Steuererhöhung gesehen, andererseits finde man, dass die Einwohner von Liestal auch bereits sein müssten, für die Feuerwehr etwas zu zahlen. Der Betrag soll nicht nur durch Familien getragen werden. Bei Steuereinnahmen von CHF 40 Mio. haben Personen mit Einkommen zwischen CHF 50 - 70'000 ca. CHF 30 - 40 an Mehrkosten zu tragen. Beim Antrag von Daniel Spinnler würden diejenigen mit höheren Einkommen bevorteilt.

Paul Pfaff (SVP) unterstreicht, dass der Stadtrat in Bezug auf die vom Kanton geforderten Mehrausgaben gut gehandelt habe. Ihm komme es so vor, dass bei allem, was vom Kanton eingeführt werde, die Gemeinden später dafür sorgen müssen, dass es gezahlt werden könne. Die Gemeinden seien nur noch Steuereintreiber für den Kanton. Dies erschwere die Planung, wenn man nicht wisse, welche Kosten anfallen. Er habe heute erfahren, dass die Sonderschulbeiträge erst ab 2013 anfallen und er möchte hierzu den Finanzchef fragen, ob dies so sei. Es wurde in allen Positionen des Budgets etwas reduziert und nicht lebensnotwendige Investitions-Projekte wurden zurückgestellt. Man habe heute einen Stadtrat, der geschickt mit den Finanzen umgehe. Es werde nur ausgegeben, was man habe und eine gute Finanzpolitik geführt. Die Aufarbeitung der Papiere ist transparent und vorbildlich. Den Anträgen des Stadtrats werde man mehrheitlich zustimmen, mit Ausnahme des Antrages betreffend der Feuerwehersatzabgabe.

Daniel Spinnler (FDP) teilt mit, auch seine Fraktion bedanke sich ebenfalls bei der Verwaltung und dem Stadtrat für die Ausarbeitung des Voranschlages sowie die Beantwortung der FIKO-Fragen. Ebenfalls befürwortet werde, dass beim Kanton bezüglich Pflegefinanzierung Druck gemacht und dies ins richtige Lot gestellt werde. Beim Finanzausgleich werde bezüglich den Erträgen beim Finanzvermögen angeregt, dass zusätzliche Einnahmen durch Abgabe von Land im Baurecht zu generiert würden. Den Anträgen des Stadtrates wird man, mit Ausnahme des Antrages betreffend der Feuerwehersatzabgabe, zustimmen.

f) Einzelredner: Gesamtwürdigung

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) teilt mit, dass sich nun auch Einzelredner zum Vorschlag äussern können.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) führt aus, die Spitex Regio Liestal habe mit der Spitex Hinter Frenkental fusioniert. Ab 1. Januar 2012 gelten die gleichen Tarife wie bis jetzt. Ab 2013 wird die Pflegefinanzierung umgesetzt und den Gemeinden sollten im Spitex-Bereich keine wesentlichen Mehrkosten erwachsen.

g) Budget-Einzelanträge (Nr. 2011/188c) - Feuerwehrpflichtersatzabgabe

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass die Vorlage Nr. 2011/188c den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 09.12.2011 zur Kenntnis gebracht und diese an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt wurde.

Es ist nur der Antrag von Daniel Spinnler (FDP) eingereicht worden: *Die Feuerwehrpflichtersatzabgabe ist auf 0,4 Prozent des steuerbaren Einkommens zu belassen.*

Daniel Spinnler (FDP) hält als Antragsteller fest, dass es kein adäquates Mittel bei Finanzproblemen sei, wenn man via Feuerwehersatzabgabe versuche, Geld einzutreiben. Es wäre konsequenter gewesen, wenn man die Steuern um 1 % erhöht hätte. Die Feuerwehrkosten waren in den letzten Jahren immer ausgeglichen und auch die Anstellung einer zusätzlichen Person ergibt ein Nullsummenspiel, da die Stadtpolizei ausgelagert wurde. Man werde sicher hören, dass die Pflichtersatzabgaben in den Gemeinden des Kantons durchschnittlich höher als diejenigen in Liestal sind. Für den riskanten Einsatz bei der Feuerwehr erhalte man als Aktiver 24 Franken pro Stunde. Eine Erhöhung dieses Entgelts wäre eine Wertschätzung. Den sozialen Aspekt habe nicht nur die SP-Fraktion gepachtet. Tatsächlich ist es so, dass ein Drittel der Liestaler-Bevölkerung zwischen 22 und 42 Jahren mit dieser Gebühr belastet werden. Der Betrag sei bisher nach oben mit CHF 1'000 begrenzt gewesen. Diejenigen, die diese Grenze bis anhin nicht erreichten, müssten jetzt mehr berappen. Da jeder Rappen zähle, wären Junge froh um eine Minderbelastung. Auch er selbst als Student wäre froh um die CHF 60, die es ihm persönlich bringen würden. Er bittet den Rat, seinem Antrag zuzustimmen, den mit einer höheren Abgabe sollen nicht Budgetlöcher gestopft werden.

Heinz Lerf (FDP) informiert als FIKO-Präsident darüber, dass die Kommission an einer Sitzung vorgängig der Ratssitzung den Budget-Einzelantrag beraten habe. Bei der Abstimmung waren 7 FIKO-Mitglieder anwesend. 3 Mitglieder hatten sich für den Budget-Antrag ausgesprochen, 3 Mitglieder verneinten diesen und ein Mitglied hatte sich der Stimme enthalten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin nimmt Stellung zum vorliegenden Antrag, und hält fest, dass die Feuerwehersatzpflicht weder eine Gebühr noch eine Steuer sei, sondern eine obligatorische Pflicht, vergleichbar mit dem Militär. Es sei ein Selbstentscheid, ob man der Feuerwehr beitreten oder Ersatz zahlen wolle. Aufgrund der bereits genannten Beträge bezüglich Pflegefinanzierung und Sozialhilfekosten musste der Stadtrat eine weitere Million zusätzlich einsparen. Dabei wurde jeder Bereich und jedes Departement in die Pflicht genommen, einen Beitrag zu leisten. Damit man das Budget heute so genehmigen könne, müsse die Feuerwehersatzpflicht in diesem Gesamtpaket belassen werden. Andererseits könne aber auch festgehalten werden, dass sich die Höhe des Pflichtersatzes in Liestal im kantonalen Vergleich eher im unteren Drittel befinde. Es wäre ratsam, einmal an einer Feuerwehr-Rekrutierung teilzunehmen. Wenn es darum gehe, dass sich die obligatorisch aufgebotenen jungen Leute mit Leib und Leben für einen moderaten Stundenansatz zu engagieren hätten, bleibe eine Leere in den Sälen zurück. Was machen wir, wenn es brennt und wir haben niemanden zum Löschen? Die Anzahl der Rekrutierten entsprach in diesem Jahr exakt derjenigen des Vorjahres, obwohl mitgeteilt wurde, dass der Pflichtersatzbetrag erhöht werde. Man wolle

keine Feuerwehrangehörigen, die den Dienst nur deshalb leisten, um keine Ersatzabgabe zahlen zu müssen. Die Höhe werde aufgrund des steuerbaren Einkommens festgelegt mit Minimalbeträgen für Studenten und Lehrlinge. Die Beträge belaufen sich zwischen minimal 100 Franken und maximal 1'000 Franken. Sie bittet den Rat, dem Antrag von Daniel Spinnler nicht zuzustimmen, da der Stadtrat das Paket der Sparmassnahmen nicht mehr öffnen möchte.

Franz Kaufmann (SP) interpretiert die Ausführungen der Stadtpräsidentin so, dass die Feuerwehrsteuer die Feuerwehr-Rekrutierung beeinflusse. Es interessiere ihn natürlich schon, auf was diese Annahmen beruhen.

Stadtpräsidentin Regula Gysin führt aus, die diesjährige Rekrutierung habe nicht mehr, aber auch nicht weniger Leute bewogen, die Feuerwehrpflicht zu erfüllen. Die Einsatzbereitschaft sei unabhängig von der Gebührenhöhe. Es konnte dieselbe Anzahl neuer Feuerwehrmitglieder rekrutiert werden. Die gesamte Feuerwehrkommission unterstütze die Anhebung von 0,4 % auf 0,6 % des steuerbaren Einkommens. Sie wollte mit ihrer Aussage nur mitteilen, wie wenige der vielen Anwesenden in der Folge die Bereitschaft für die Erfüllung dieser Aufgabe zeigten. Die Feuerwehr sei ein Teil des Gemeinwesens, der erfüllt werden müsse, dies habe aber nichts mit dem Betrag zu tun.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) schickt voraus, dass er Mitinitiant und Unterzeichner der „Motion Flury“ war, welche möglichst keine Erhöhungen von Abgaben und Gebühren, aber auch die Pflege des Schuldenabbaus verlangte. Heute könne er den Stadtrat auch einmal unterstützen. Seit Jahren erhebe Liestal eine gleichbleibende Feuerwehersatzabgabe von 0,4 %. Der Aufwand für die Feuerwehr steige hingegen seit Jahren laufend, allein der Personalaufwand sei gegenüber der Rechnung 2010 um CHF 100'000 oder ca. 18 % höher budgetiert. Mit der Erhöhung der Abgabe, welche weder eine Gebühr noch eine Steuer, sondern ein Pflichtersatz sei, ist das Feuerwehrbudget im Vergleich zu den Spezialfinanzierungen wie Wasser, Abwasser in etwa in der Waage. Wird dem Antrag von Daniel Spinnler gefolgt, wird auch in der Feuerwehr ein Minus ausgewiesen werden müssen. Wie will man eine Verbesserung betreffend dem erwähnten bescheidenen Sold erreichen, wenn Mittel dazu fehlen? Mit der Abgabenerhöhung werde ein Ausgleich der Feuerwehrrechnung erreicht. Es sei auch eine Wertschätzung der Feuerwehrleute für ihre Leistung und ihren Einsatz, weshalb er auch eine bessere Honorierung befürworte. Ein Verzicht auf die Erhöhung bedeute gleichzeitig auch einen Mehraufwand gegenüber der Feuerwehrrechnung, somit gegenüber den Steuern zahlenden Feuerwehrdienstleistenden gar eine Doppelbelastung. Ein Verzicht auf die Erhöhung bedeute gleichzeitig auch eine Verminderung des Schuldenabbaus, was zu verhindern ist. Dies seien seine Gründe für die Unterstützung des Stadtratsantrages. Damit kann dann auch die aktive Feuerwehr unterstützt werden. Diejenigen, die sich nicht um diese Pflichterfüllung kümmern, sollten sich mindestens finanziell daran beteiligen.

Paul Pfaff (SVP) sagt, seine Fraktion unterstütze einstimmig den Antrag von Daniel Spinnler, da sie grundsätzlich gegen Steuererhöhungen sei. Gegen die Feuerwehr habe man nichts, sie leiste gute Arbeit und man sei froh, wenn sie notfalls komme.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) dankt für die Einsätze der Feuerwehrdienstleistenden und betont, dass sich eine Wertschätzung nicht immer in Frankenbeträgen ausdrücken lässt. Sie persönlich und ein Grossteil der Fraktion werden den Antrag von Daniel Spinnler unterstützen.

Michael Bischof (FDP) drückt seine Wertschätzung gegenüber der Feuerwehr aus und erwähnt nochmals die analytischen Fähigkeiten von Peter Furrer, speziell sei der Schuldenabbau ein gutes Argument. Für seine Fraktion stehen aber keinerlei Erhöhungen von Gebühren und Steuern jeglicher Art im Vordergrund. Er unterstütze das Votum von Hanspeter Stoll betreffend den sozialen Aspekten. Von einer höheren Pflichtersatzabgabe wären insbesondere die 22- bis 42-Jährigen betroffen, welche im Aufbau sind und sparen müssen, um eine Familie gründen und/oder Wohneigentum kaufen zu können.

Jürg Holinger (GL) hält fest, dass man hier von einer Pflichterfüllung spreche, entweder durch Ausübung einer Funktion oder durch Übernahme des Pflichtersatzbeitrages. Durch Einblick im Privatbereich eines Feuerwehrmitglieds wisse er, was es bedeute, Wochenendpikett und Abendeinsätze zu haben. Das Amt sei eine sehr grosse Verpflichtung. Von dieser Pflicht könne man sich durch Zahlung einer Ersatzabgabe befreien. Die Ersatzabgabe sei in seinen Augen gegenüber der Leistung der aktiven Feuerwehrleute unbedeutend und es ist somit eine billige Art einer Pflichtbefreiung. Hier handle es sich nicht um eine Steuererhöhung, sondern eine angemessene Abgabe an Feuerwehrdienstleistende. Aus diesen Gründen lehne er den Antrag von Daniel Spinnler ab.

Hanspeter Stoll (SP) meint, dass alles was bezüglich Familien und sozialem Deckmänteli gesagt wurde, stimme nicht so. Junge Familien, welche im Aufbau sind und wenig steuerbares Einkommen haben, zahlen wenig, höchstens 30 – 40 Franken pro Jahr. Auch der Höchstbetrag ist auf 1'000 Franken limitiert und eine diesbezügliche Erhöhung, welche sicher auch vertretbar wäre, stehe nicht zur Diskussion. Einige sprechen sich klar gegen jegliche Erhöhungen von Steuern sowie Gebühren aus und so könnte beispielsweise auch eine Reduktion von Wasser-, Abwasser- und Abfallgebühren zum Thema werden, doch sind diesbezüglich keine Anträge eingereicht worden. Gewisse Widersprüche sind für ihn nicht nachvollziehbar.

Adrian Mächler (FDP) nimmt Bezug auf das Votum von Peter Furrer und stellt fest, dass seine Argumentation für ihn nicht nachvollziehbar sei. Es kann ja nicht sein, dass die Feuerwehrmehrkosten von denjenigen finanziert werden sollen, welche Ersatzabgaben zahlen, aber keinen Dienst leisten. Festzuhalten ist auch, dass nicht alle Feuerwehrdienst leisten können, obwohl sie möchten, weil beispielsweise der Maximalbestand bereits erreicht ist. Auch gewillte Feuerwehrdienstleistende werden in solchen Fällen zur Kasse gebeten, beziehungsweise dürfen keinen Dienst leisten. Die Zahlung von Ersatzabgaben geht ja noch in Ordnung, doch kann es nicht sein, dass mit höheren Ersatzabgaben Löcher gestopft werden sollen, welche durch ansteigende Feuerwehrkosten verursacht werden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält nochmals fest, dass der Feuerwehrpflichtersatz keine Gebühr und auch keine Steuer sei. Jede Person kann selbst entscheiden, ob sie Feuerwehrdienst leisten oder aber Ersatzabgaben zahlen möchte. Es ist auch nicht so, dass man willige Rekruten abgelehnt habe. Die Feuerwehr sei froh um jedes Mitglied. Voraussetzung sei einzig eine gute Gesundheit, was bei den Rekrutierten auch getestet wird. Behinderte usw. sind von der Ersatzabgabe befreit.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Dem Antrag von Daniel Spinnler der FDP-Fraktion für das Belassen der Feuerwehrpflichtersatzabgabe auf 0,4 Prozent des steuerbaren Einkommens wird mit 24 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

h) Anträge Stadtrat (Nr. 2011/188), FIKO (Nr. 2011/188a) und BPK (Nr. 2011/188b)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) gibt bekannt, dass sowohl die FIKO als auch die BPK dem Rat beantragen, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen. Von den beiden Kommissionen sind keine Zusatz- oder Gegenanträge gestellt worden.

Die Ratsmitglieder können sich nun zu den stadträtlichen Anträgen gemäss Seiten 6/59 – 8/59 des Voranschlages 2012 der Vorlage Nr. 2011/188 äussern.

Hanspeter Stoll (SP) möchte wissen, wo nun der Betrag von CHF 250'000 eingespart werden soll, nachdem der Rat vorgängig die Erhöhung der Feuerwehrgeldersatzabgabe abgelehnt hatte.

Stadtrat Peter Rohrbach hält fest, dass die Mindereinnahmen dadurch kompensiert werden können, weil die Standortkosten für die Sonderschulung nicht im 2012, sondern erst im Jahre 2013 anfallen werden. Das heisst, dass der Saldo des Voranschlages 2012 unter dem Strich etwa gleich bleiben wird.

://: 1. Antrag Stadtrat: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat den Voranschlag 2012, bestehend aus der Laufenden Rechnung sowie den Investitionen gemäss Seite 6/59 der Vorlage Nr. 2011/188.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) merkt an, dass gemäss vorgängigem Entscheid die Feuerwehrgeldersatzabgabe auf 0,4 Prozent des steuerbaren Einkommens belassen wird.

://: 2. Antrag Stadtrat: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen setzt der Einwohnerrat den Steuerfuss und die Steuersätze gemäss Seite 7/59 der Vorlage Nr. 2011/188.

://: 3. Antrag Stadtrat: Einstimmig nimmt der Einwohnerrat von den für das Jahr 2012 geltenden Gebühren gemäss Seite 7/59 der Vorlage Nr. 2011/188 Kenntnis.

Daniel Spinnler (FDP) möchte wissen, ob die Stadt analog dem Kanton ebenfalls einen zusätzlichen Ferientag für das Jahr 2012 bewilligen wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass der Regierungsrat auf Kantons-ebene beschlossen habe, den 30. April als freien Brückentag vor dem 1. Mai zu geben. Für die Stadt habe dies der Stadtrat zu beschliessen. Jetzt gehe es nur um die Teuerung für das Jahr 2012.

Regula Nebiker (SP) ist der Meinung, dass der 30. April vom Regierungsrat als zusätzlicher freier Tag bewilligt wurde, weil es für das Jahr 2012 keine Teuerung gibt.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zwischen der Teuerungszulage 2012 und dem freien Arbeitstag vom 30. April kein Zusammenhang besteht.

Stadtrat Peter Rohrbach fügt hinzu, dass bereits bei der Budgetberatung 2011 die neue Ferienreglung und Teuerungszulage diskutiert wurde. Der freie Tag vom 30. April ist eine Ausnahmeregelung des Kantons für das Jahr 2012.

- ://: 4. Antrag Stadtrat: Mit grossem Mehr gegen 2 Gegenstimmen stimmt der Einwohnerrat dem Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals von 0 % (null Prozent) gemäss Beschluss des Landrates für das Staatspersonal und Seite 8/59 der Vorlage Nr. 2011/188 zu.

i) Schlussabstimmung

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass im Zusammenhang mit der Schlussabstimmung über den Voranschlag 2012 keine Wortbegehren angemeldet werden.

- ://: Der Voranschlag 2012 wird in der Schlussabstimmung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderung (Belassen von Feuerwehrepflichtersatz auf 0,4 %) mit grossem Mehr bei 1 Gegenstimme genehmigt.

310 0.01.011.01 Einwohnerrat

3. Bericht Stadtrat zur Motion der BPK betreffend Velospur bergseits der Rosenstrasse vor der neuen Lichtsignalanlage an der Kreuzung Rosenstrasse – Nonnenbodenweg – Sulzbergstrasse; Nachtragskredit von CHF 25'000 zur Sondervorlage Nr. 2011/173 (Nr. 2011/190, Nr. 2011/190a)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) schlägt vor, dass sich zuerst der BPK-Präsident zur stadträtlichen Vorlage betreffend dem BPK-Vorstoss äussern soll.

Matthias Zimmermann (SP) dankt dem Stadtrat als BPK-Präsident für die Vorlage Nr. 2011/190a und stellt fest, dass diese bereits in der Bau- und Planungskommission thematisiert wurde. Er schlage eine Direktberatung der stadträtlichen Vorlage vor.

Michael Bischof (FDP) erklärt, in seiner Fraktion sei die Velospur unbestritten. Man unterstütze den Langsamverkehr und damit den Antrag. Wenn man die Sicherheitsaspekte kenne und diese ablehne, sei es um so schlimmer, wenn etwas passiere. Bereits bei der Überweisung habe der damalige FDP-Fraktionssprecher die Andeutung gemacht, dass man den Nachtragskredit in den bereits bewilligten Kredit für die Lichtsignalanlage integrieren könnte. Es sind keine Ausführungsdetails vorhanden, aber man gehe davon aus, dass beim Kredit von CHF 600'000 für die neue Lichtsignalanlage auch Disponierarbeiten enthalten seien. Wenn man davon ausgehe, dass die Schätzgenauigkeit bei solchen Projekten $\pm 10\%$ liegt, die CHF 25'000 aber 4 % des ganzen Projektes ausmachen, würde für die Velospur kein Nachtragskredit benötigt. Dieser sollte man im Projekt einbauen können. Seine Fraktion stellt folgenden Antrag: *Der Einwohnerrat beauftragt den Stadtrat, die Velospur an der Rosenstrasse bergseits vor der neuen Lichtsignalanlage zu erstellen. Die Ausführung ist im Kostenrahmen des Kredites für die neue Lichtsignalanlage gemäss Vorlage Nr. 2011/173 zu integrieren.*

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass auch ihre Fraktion den Bau der Velospur unterstütze, obwohl deren Nutzen nur klein ist. Andererseits sei für die Befürworter jede Sicherheit für die Velofahrer wichtig. Deshalb werde der stadträtliche Antrag unterstützt und es gelte Stimmfreigabe.

Hanspeter Meyer (SVP) hält fest, dass auch seine Fraktion den stadträtlichen Antrag unterstützen werde, obwohl man der Meinung sei, dass der beantragte Kredit durchaus im bereits bewilligten Kredit Platz haben sollte. Die Sicherheit der Velofahrer sei wichtig und man unterstütze den Bau der Velospur. Er kann sich gut vorstellen, dass einige Ratsmitglieder der SVP den FDP-Antrag unterstützen werden. Wenn es eine Zusicherung des Stadtrats gebe, dass die Velospur-Ausführung im Rahmen des Gesamtkredites Platz habe, wird man auch dem FDP-Antrag zustimmen.

Franz Kaufmann (SP) führt aus, als BPK-Mitglied habe er den Stadtratsantrag unterstützt. An der SP-Fraktionssitzung hielt sich die Begeisterung aber eher in Grenzen. Die Höhe des Nachtragskredites von CHF 25'000 für eine Velospur von 30 Metern Länge sei nicht nachvollziehbar. Die Velospur biete sich an diesem Ort an. Die SP-Fraktion unterstütze den Stadtratsantrag mehrheitlich.

Hanspeter Zumsteg (GL) äussert, von seiner Fraktion werde die Vorlage für eine Verbesserung der Situation aller Verkehrsteilnehmer begrüsst, vor allem auch, weil dieses Strassenprojekt von CHF 600'000 nur 4 % vom Gesamtkredit ausmache. Bedeutet der FDP-Antrag, dass das Strassenprojekt für CHF 600'000 jetzt inklusive der Velospur gemacht werden soll? Dies sei ein endloses Hin und Her, und man erwarte, dass der Stadtrat zukünftig solche Pro-

jekte effizienter angehe, indem man von Anfang an die Interessen der Velofahrer berücksichtige. Damit würden vermeidbare Umtriebe und Diskussionen erspart bleiben.

Matthias Zimmermann (SP) führt aus, als BPK-Präsident möchte er zwei fachliche Punkte zum Thema sagen. Das erste Projekt von CHF 600'000 wurde vertieft geprüft, es seien auch Fragen zu den Kosten gestellt worden und man habe die richtigen Auskünfte erhalten. Beim zweiten Projekt gehe es um die Verbreiterung des Velostreifens, bei der es sich um eine eigene Baustelle handelt. Diese findet auf der anderen Strassenseite statt und bedinge eine extra geöffnete und gesicherte Baustelle. Der Antrag der FDP-Fraktion ist deshalb illusorisch. Bei der Velospur handelt es sich um ein zusätzliches Projekt mit zusätzlichen Kosten.

Gerhard Schafroth (CVP/EVP/GLP) sagt, auch er setze sich enorm für Velowege in Liestal ein und ärgere sich darüber, dass es in Quartieren 30er-Zonen gebe und auch im Zentrum teilweise Velowege vorhanden sind, aber zwischendurch gebe es für die Velofahrer rein gar nichts. Dies sei beschämend für Liestal. Und jetzt beantrage man einen Kredit von CHF 25'000, um an irgend einem Ort, wo überhaupt keine Velowege vorhanden sind, irgend etwas zu machen. Damit wird das Geld zum Fenster hinausgeworfen. Wenn man tatsächlich Luft im Projekt habe, dann sei er dafür, dass man das Geld nicht ausbebe.

Pascal Porchet (FDP) nimmt Bezug auf das Votum des BPK-Präsidenten und meint, dass wenn es sich tatsächlich um zwei verschiedene Baustellen handle, müsste halt alles daran gesetzt werden, dass mit einer sauberen Planung nur eine Baustelleninstallation benötigt wird. Damit könnte man auch den Kredit von CHF 25'000 einsparen. Er bittet den Rat, den FDP-Antrag zu unterstützen und den Kredit nicht zu bewilligen.

Matthias Zimmermann (SP) hält als Ratsmitglied und nicht als BPK-Präsident bezüglich dem Votum von Gerhard Schafroth fest, dass sich der Rat klar für die Realisierung von Velowegen ausgesprochen hatte. Wenn man jetzt die Möglichkeit habe, solle die mögliche Velospur auch realisiert werden. Man könne nicht etwas nicht erledigen, weil es zu teuer oder am falschen Ort sei. Das Ganze müsse sich schlussendlich zu einem vernünftigen Netz zusammenfinden.

Stadtrat Ruedi Riesen hält fest, dass die Velospur und die Ausgabe von CHF 25'000 eine Idee der BKP war. Der Stadtrat habe die Velospur auf dieser Seite nicht geplant, weil die Fortsetzung zur Rosenstrasse fehle. Und so lange die Fortsetzung und die Befahrbarkeit der Rosenstrasse nicht geklärt ist, werde auch keine Velospur geplant. Dies sei die Effizienz des Stadtrates, weil die Fortsetzung der Rosenstrasse noch nicht bekannt ist. Teuer werde die Velospur, weil die dortige Bushaltestellen-Bucht weggerissen und neu gepflästert werden muss, damit der Streifen auf dem gleichen Fundament liege. Ohne Anpassung der Bushaltestelle wären es nur ca. 5 - 6 m gewesen. Der Aufwand, auf beiden Strassenseiten bauen zu müssen, sei enorm und entsprechend teurer.

Daniel Spinnler (FDP) wendet ein, dass man jetzt auf Vorrat einen Kredit beschliessen würde. Die FDP wolle ja nichts anderes, als die Integration der Velospur-Mehrkosten in den bereits beschlossenen Kredit. Da zum heutigen Zeitpunkt eine Schätzungsungenauigkeit vorliege, verbaue man sich ja noch nichts. Mit dem neuen Stadtratspapier „Kredit-Management“ könnte, wenn das Geld für die Velospur nicht reichen würde, dem Rat ein Nachtragskredit beantragt werden. So gebe man heute nicht Geld im Voraus aus.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden. Die Ratsmitglieder werden über das Abstimmungsprozedere in Kenntnis gesetzt und die Anträge des Stadtrates sowie der FDP-Fraktion verlesen.

- ://: Mit grossem Mehr gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Gegenantrag der FDP-Fraktion gutgeheissen und der Stadtrat damit beauftragt, die Velospur an der Rosenstrasse bergseits vor der neuen Lichtsignalanlage zu erstellen. Die Ausführung ist im Kostenrahmen des Kredites für die neue Lichtsignalanlage gemäss Vorlage Nr. 2011/173 zu integrieren.
- ://: Mit grossem Mehr gegen 5 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen beschliesst der Einwohnerrat, dass der Veloweg gemäss Vorschlag des Stadtrates und der BPK realisiert wird.
- ://: Die BPK-Motion Nr. 2011/190 wird mit einstimmig als erfüllt abgeschrieben.

311 0.01.011.01 Einwohnerrat

4. Berichte des Stadtrates und der Finanzkommission (FIKO) betreffend Vereinbarung „Baurechtszinsen“ der Stadt Liestal mit Bürgergemeinde Liestal (Nr. Nr. 2011/176, Nr. 2011/176b)

Heinz Lurf (FDP) hält bezüglich dem FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/176a die wichtigsten Punkte fest: Bezüglich den Anträgen 2 und 3 gebe es nichts zu sagen, da sich diese auf bereits bestehende Verträge beziehen. Eingehend wurde der 1. Antrag betreffend der Gitterli-Parzelle beraten. Bereits im Zusammenhang mit den Betriebsbeiträgen der Stadt an die Gitterli AG wurden die Baurechtszinsen für die Gitterli-Parzelle thematisiert. Wie im Bericht festgehalten wird, wurde die Berechnungsbasis thematisiert. Da die Baurechtsparzelle in einer OeW-Zone liegt, gibt es für das Grundstück keinen Marktwert, weshalb man sich auf den Nutzwert als Berechnungsbasis einigte. Mit Stichentscheid des Präsidenten hatte sich die Kommission für die Berechnungsbasis von TCHF 337 ab dem Jahre 2012 ausgesprochen. Eine Anpassung dieser Summe an die jährliche Teuerung wird von der FIKO jedoch abgelehnt.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) orientiert, seine Fraktion anerkenne grundsätzlich die Berechtigung eines angemessenen Baurechtszinses. Die Angemessenheit werde situationsbedingt beurteilt. Teilweise gebe es eine Übereinstimmung mit dem Stadtrat und der FIKO betreffend den Parzellen Sichern und Goldbrunnenstrasse. Anderer Meinung sei man bei der Parzelle der Sport- und Freizeitanlage Gitterli: Im Jahre 2003 ist der Nutzwert auf TCHF 325 festgelegt worden, welcher 2008 bestätigt wurde. Es habe damals keine Teuerung gegeben. Auch heute sehe man keinen Anlass für eine Anpassung, da die Bürgergemeinde innerhalb dieser Zeit keine Mehrleistung für dieses Areal gebracht habe. Andererseits sei die Nutzung durch die Stadt mit einem wesentlichen Mehraufwand verbunden. Die Bürgergemeinde habe aber auch gegenüber der Bevölkerung und den Gemeindefinanzen sowie Steuerzahlern Liestal eine Verantwortung. Dank ihrer guten Finanzlage ist die Bürgergemeinde nicht auf einen höheren Beitrag der Einwohnergemeinde angewiesen. Deshalb stelle seine Fraktion folgenden Antrag: *Der Baurechtszins der Einwohnergemeinde Liestal an die Bürgergemeinde Liestal für die Parzellen der Sport- und Freizeitanlagen Gitterli in den Jahren 2012 – 2016 beträgt fix jedes Jahr TCHF 325. Auf das Einrechnen einer Teuerung wird verzichtet.*

Regula Nebiker (SP) unterstützt das Votum ihres Vorredners weitgehend, denn grundsätzlich sollten beide Gemeinden für das Wohl der Stadt Liestal da sein. Man habe mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, dass sich das Verhältnis Einwohnergemeinde und Bürgergemeinde sehr stark verbessert habe und auch ein beidseitiges Entgegenkommen in diversen Belangen spür- und feststellbar sei. Es wäre ja denkbar, dass künftig die Gitterli AG direkt die Baurechtszinsen an die Bürgergemeinde zahlen würde, was bei den künftigen Betriebsbeiträgen der Stadt an die Gitterli AG berücksichtigt werden müsste. Dies wäre ein weiterer möglicher Schritt in Richtung Transparenz. Ein Teil ihrer Fraktion wird den Gegenantrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion unterstützen.

Jürg Holinger (GL) gibt bekannt, seine Fraktion schliesse sich dem Antrag der FIKO an. Der neue Antrag von Peter Furrer konnte in seiner Fraktion noch nicht besprochen werden.

Lorenz Rudin (FDP) erklärt, auch die FDP-Fraktion stimme den FIKO-Anträgen zu. Die Teuerung könne nachvollzogen werden, und er sei der Meinung, dass es ausreiche, wenn die Verträge alle 5 Jahre neu verhandelt werden. Damit könnte auch die Teuerung jeweils angepasst und berücksichtigt werden.

Stadtrat Peter Rohrbach sagt, die Geschäfte der Einwohnergemeinde mit der Bürgergemeinde müssen unbedingt voneinander getrennt werden. Die Bürgergemeinde ist keine Bank und macht vieles für die Stadt. So unterstützt diese beispielsweise das Dichter- und Stadtmuseum mit einem namhaften Betrag. Betreffend dem Gitterli-Baurechtszins sei festzuhalten, dass man im Jahre 2003 unterschiedliche Parzelle ausgeschieden habe. Es gab damals unterschiedliche Ansätze für jede einzelne Parzelle. Dem Stadtrat war eine nachvollziehbare Basis mit dem Nutzwert als Berechnungsgrundlage ein Anliegen. Es wäre jetzt ein Rückschritt und eine Verwirrung, wenn die Gitterli-Parzellen mit speziellen Konditionen ausgeschieden würden. Wichtig ist auch für den neuen Stadtrat, keine Evergreens übernehmen zu müssen. Alle Verträge sind jetzt für 5 Jahre gültig. Es sei gutes Geschäftsgebaren, wenn man diese so akzeptiere. Die Bürgergemeinde kann mit den FIKO-Anträgen leben. In diesem Sinne bitte er, die FIKO-Anträge zu unterstützen.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) unterstreicht die bereits gemachten Aussagen, dass die Zusammenarbeit der Bürgergemeinde mit der Einwohnergemeinde gut ist. Der Grund, weshalb man die Indexierung einschliessen wollte, war die Vereinfachung, damit beide Verwaltungen nicht unnötig beschäftigt werden. Mit der Indexierung könne die Bürgergemeinde sehr gut leben und er bitte deshalb den Einwohnerrat, den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) betont, dass die Nutzwerte in Abständen von 5 Jahren ermittelt wurden. Es gab keine Nutzwertzunahme in der Vergangenheit. Man habe noch immer dieselbe Nutzwertbasis und deshalb müsse man im Einwohnerrat nicht etwas auf Vorrat vorziehen. Er hoffe auf die Unterstützung des Antrags seiner Fraktion im Rat. Der Antrag seiner Fraktion ist bereits in der FIKO thematisiert worden, welche diesen mit hälftigem Anteil der Kommission auch unterstützt hatte. Den heutigen Voten und Stellungnahmen kann er entnehmen, dass einige an ihrem früheren Standpunkt nicht mehr festhalten, was für ihn doch leicht unverständlich ist.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Stadtrat angemeldet werden.

- ://: Mit grossem Mehr bei 1 Nein-Stimme stimmt der Einwohnerrat der Vereinbarung zwischen der Stadt Liestal und Bürgergemeinde betreffend der Baurechtszinsen für die Parzellen der Sport- und Freizeitanlagen im *Gitterli* für die Jahre 2012 bis 2016 zu.
- ://: Dem FIKO-Gegenantrag, dass der Baurechtszins der Einwohnergemeinde Liestal an die Bürgergemeinde Liestal für die Parzellen der Sport- und Freizeitanlagen *Gitterli* in den Jahren 2012 bis 2016 fix jedes Jahr *TCHF* 337 beträgt und auf das Einrechnen einer Teuerung verzichtet wird, stimmt der Einwohnerrat mit 26 Stimmen grossmehrheitlich zu.
Auf den Gegenantrag der CVP/EVP/GLP-Fraktion, dass der Baurechtszins der Einwohnergemeinde Liestal an die Bürgergemeinde Liestal für die Parzellen der Sport- und Freizeitanlagen *Gitterli* in den Jahren 2012 bis 2016 fix jedes Jahr *TCHF* 325 beträgt und auf das Einrechnen einer Teuerung verzichtet wird, entfallen 10 Stimmen.
- ://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt und von der Baurechtszinsen-Vereinbarung für die Parzellen auf der *Sichtern* für die Schiessanlage *Sichtern* Kenntnis genommen.
- ://: Den Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt und von der Baurechtszinsen-Vereinbarung für die Parzelle an der *Goldbrunnenstrasse* Kenntnis genommen.

312 0.01.011.01 Einwohnerrat

5. Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) betreffend Vereinbarung „Unterhalt der Waldwege 2012-2016“ der Stadt Liestal mit der Bürgergemeinde Liestal (Nr. 2011/177, Nr. 2011/177a)

Heinz Lerf (FDP) hält bezüglich dem FIKO-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/177a die wichtigsten Punkte fest: Wichtig war die Entflechtung von „Unterhalt der Waldwege“ und „Baurechtszinsen“. Die frühere Verrechnung der Aufwendungen habe immer wieder zur Unklarheiten geführt. Neu sollen der Bürgergemeinde CHF 75'000 für die Wartung und den Unterhalt der Waldwege für die Jahre 2012 bis 2016 zur Verfügung gestellt werde. Angesichts der vielen Waldwege sei diese Zahl angemessen. Was hingegen zu längeren Diskussionen führte, waren angebliche frühere Versprechen im Zusammenhang mit der Deponie Höli. Damals wurde gesagt, dass bei einer Unterstützung der Vorlage durch den Einwohnerrat mit einem gewissen Entgegenkommen der Bürgergemeinde im Zusammenhang mit den Waldwegenschädigungen gerechnet werden könne. Die Sichtung der Protokolle mit einem entsprechenden Inhalt war leider vergeblich. Nach den geführten Diskussionen und teilweise ungutem Gefühl will man nun klar einen Schlussstrich ziehen. Dem stadträtlichen Antrag wurde in der FIKO mit 6 JA-Stimmen und 1 Enthaltung auch klar zugestimmt.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) orientiert, seine Fraktion werde dem stadträtlichen Antrag zustimmen. Der Betrag von CHF 75'000 ist angemessen.

Franz Kaufmann (SP) berichtet, dass dieses Geschäft bei den damals Beteiligten noch heute ein ungutes Gefühl hinterlasse. Die ganze Abgeltung Höli wurde mit einer von ihm eingereichten Interpellation abgehandelt und das Thema sei nochmals diskutiert worden. Die damaligen Exponenten sind heute zum Teil auch nicht mehr im Einwohnerrat vertreten. Auch die SP-Fraktion vertrete die Meinung, dass unter diese Geschichte heute ein Schlussstrich gezogen werden soll. Den identischen Anträgen des Stadtrates und der FIKO wird man zustimmen. In einem früheren Entwicklungsplan war eine Entschädigung von CH 100'000 eingestellt. Die SP-Fraktion halte die beantragte Entschädigung von CHF 75'000 für angemessen.

Erika Eichenberger (GL) erklärt, auch ihre Fraktion möchte einen Schlussstrich unter die ganze Geschichte ziehen. Künftig sollten aber Zusagen sowie Versprechen auch schriftlich festgehalten werden. Wichtig ist auch eine Einzelregelung von Geschäften zwischen der Einwohnergemeinde und der Bürgergemeinde, so dass keine Quersubventionierungen mehr möglich sind. Ihre Fraktion halte den wiederkehrenden Betrag von CH 75'000 für die Waldwege als angemessen und unterstütze den Antrag des Stadtrates und der FIKO.

Paul Pfaff (SVP) bemerkt, auch die SVP-Fraktion ziehe einen Strich unter die Vergangenheit und unterstütze den Antrag mehrheitlich.

Daniel Spinnler (FDP) informiert darüber, dass auch die FDP-Fraktion dem stadträtlichen Antrag zustimmen wird.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Stadtrat angemeldet werden.

://: Dem Antrag des Stadtrates sowie der FIKO wird einstimmig zugestimmt und ein wiederkehrender Beitrag von CHF 75'000 an die Bürgergemeinde für die Wartung und den Unterhalt der Waldwege für die Jahre 2012 bis 2016 bzw. bis der Waldentwicklungsplan (WEP) vorliegt, genehmigt.

313 0.01.011.01 Einwohnerrat

6. Berichte Stadtrat sowie Finanzkommission (FIKO) betreffend Mehrjahresplanung Schiessanlage Sichtern: Kreditgenehmigung für Investitionen 2011/2012 und Kenntnisnahme von Investitionsplanung 2013-2015 (Nr. 2011/174, Nr. 2011/174a, Nr. 2011/174b, Nr. 2011/174c)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass das Geschäft nach Gutheissung eines Ordnungsantrages an der letzten Ratssitzung verschoben wurde.

Auf seine Anfrage hat Ratsmitglied Jürg Holinger der Grünen Fraktion am 13.12.2011 schriftlich bestätigt, dass die an der letzten Ratssitzung eingereichten Anträge der Grünen Fraktion zurückgezogen werden, da diesbezüglich das neue Postulat „Schiessanlage Sichtern“ gemäss Vorlage Nr. 2011/196 eingereicht wurde.

Heinz Lerf (FDP) hält als FIKO-Präsident fest, dass die Zahlen am heutigen Morgen zum dritten Mal geändert wurden. Allerdings sei die korrigierte Zahl der Bruttoinvestitionen von neu CHF 419'000 nicht so wichtig, da der Betrag der Nettoinvestitionen von CHF 70'000 unverändert bleibt. Der Kanton beteiligt sich an den Sanierungskosten nur, wenn die Sanierung vor Schiessbeginn 2012 abgeschlossen wird. Der Kanton ist als weitere Geldgeberin mit einem Beitrag von CHF 155'000 vergessen worden. Bei der jetzt gezeigten Projektion des korrigierten FIKO-Berichtes sehe man unter Punkt 2 die korrigierte Bruttoinvestition von neu CHF 419'000 und unter Punkt 3 den zusätzlichen Beitrag von CHF 155'000 des Kantons. Noch nicht bekannt war bei der Verabschiedung der Stadtratsvorlage der Beitrag von CHF 90'000 von *armasuisse*. Mit dem Bruttoinvestitionsbeitrag von CHF 419'000 ist die Umrüstung sämtlicher Scheiben möglich. Die Kostenaufteilung ist nun neu wie folgt: Kanton: CHF 155'000, Bund: CHF 90'000, Schützengesellschaft Liestal: CHF 84'000, Stadt Liestal: CHF 70'000 und die Gemeinde Frenkendorf CHF 20'000. Die FIKO hat dem revidierten neuen Antrag mehrheitlich zugestimmt. Was klar von der FIKO gewünscht wird, ist die Spezifizierung der stadteigenen Scheiben, für welche Investitionen getätigt werden sollen. Die stadteigenen Scheiben sind in der Beilage des FIKO-Berichtes Nr. 2011/174c aufgeführt. Der Rat wird gebeten, den Anträgen der FIKO gemäss Vorlage Nr. 2011/174c, korrigiert mit den neuen Gesamt-Bruttoinvestitionskosten von CHF 419'000, zuzustimmen.

Stadträtin Marion Schafroth stellt fest, dass auch die FIKO erst am heutigen Morgen von den neuen Zahlen Kenntnis bekam. Sie habe den Fehler erst jetzt entdeckt und nach entsprechenden Abklärungen und dem Entscheid des Stadtrats konnte die Information erst heute an die FIKO weitergegeben werden. Sie dankt dem FIKO-Präsidenten für die schnelle Reaktion und seine Unterstützung. Es sei tatsächlich nur die Subvention des Kantons vergessen gegangen. Der Einwohnerrat werde sich die Frage stellen, wie so etwas passieren konnte. Die Subvention des Kantons sei eigentlich nie vergessen gegangen. Der Kantonsbeitrag sei von Anfang an klar festgestanden und mit diesem wurde kalkuliert. In den Tabellen wurden Zahlen verwendet, bei der die Subvention aber bereits abgezogen wurde. Bei der letzten Überarbeitung der Anträge wurde nun bemerkt, dass man eigentlich die Bruttokosten hätte beantragen müssen. Da sie die Zahlen für die Einwohnerratssitzung benötigt habe, und der zuständige Verwaltungssachbearbeiter, der sie hätte korrigieren können, ferienabwesend war, sei ihr dieser Fehler passiert. Die Schuld liegt nicht bei der Verwaltung, gerüffelt werden müsste gegebenenfalls sie selbst. Leider sei der Fehler auch dem Gesamt-Stadtrat und der FIKO nicht aufgefallen. Wesentlich ist aber doch, dass der Beitrag der Stadt um CHF 60'000 tiefer ist als der ursprüngliche Antrag.

Peter Furrer (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass in seiner Fraktion die Sanierungsmassnahmen unbestritten sind. Mittel- und langfristig muss auf der Sichertern geschossen und gegebenenfalls könnte die Schiessanlage auch als Regionale Schiessanlage Anlage ausgebaut werden. Nur eine sanierte Anlage könnte an mögliche Betreiber übergeben werden. Deshalb stimme die Fraktion den FIKO-Anträgen zu. Damit wird aber keine Präjudiz bezüglich weiteren Investitionen geschaffen, welche dem Rat mit einer separaten Vorlage noch zu beantragen sind.

Paul Pfaff (SVP) findet es eigentlich gut, dass mit dem ganzen Hin und Her doch zumindest der Beitrag der Stadt an die Sanierungsmassnahmen immer günstiger wurde. Seine Fraktion wird den Anträgen zustimmen.

Regula Nebiker (SP) bemerkt, dass das Geschäft in der SP-Fraktion mit zunehmender Fassungslösigkeit verfolgt wird. Die Meinungen in der SP-Fraktion sind sehr unterschiedlich. Sie habe anfangs befürwortet, dass die Schiessanlage als grösste Anlage der Region saniert wird. Mit jeder Frage, die man in der FIKO gestellt habe, sei aber die stadträtliche Vorlage immer untauglicher betreffend den Eigentumsverhältnissen, Zukunftsaussichten usw. geworden. Auch durch die FIKO-Nachbehandlung sei dies nicht besser geworden. Man habe den Eindruck gewonnen, es werde jetzt einfach drauflos gebaut. Jetzt werde nicht nur das Nötigste gemacht, sondern alle Scheiben saniert, da ja das Geld dafür vorhanden ist. Ihr sei das zu unseriös geworden und sie persönlich könne die Stadtratsvorlage nicht mehr unterstützen. Sie wünsche eine klare Aussage, wann die Subventionsbeiträge verfallen würden. Es gebe differenzierte Aussagen und Vorbehalte betreffend diesen Terminen und Fristen. Sie möchte auch wissen, was passieren würde, wenn die stadträtliche Vorlage vom Einwohnerrat gar zurückgewiesen würde.

Stadträtin M. Schafroth beantwortet die Frage von Regula Nebiker damit, dass der Kanton pro Scheibe einen fixen Betrag subventioniere. Die genannten Fristen wurden in der ersten Vorlage des Stadtrates erwähnt. Der Einbau der Kugelfänge hat bis Schiesssaison-Beginn 2012 zu erfolgen, damit die Subventionsbeiträge auch bezahlt werden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) bestätigt die Aussage von Stadträtin Marion Schafroth. Die Beitragszahlungen von Bund und Kantonen an die Sanierungsmassnahmen werden bei allen Gemeinden gleich angewendet.

Stadträtin Marion Schafroth hält ergänzend fest, dass bei einer heutigen Rückweisung der Stadtratsvorlage die Bundessubventionen von 40 % in späteren Jahren bei den Endsanierungsarbeiten wegfallen würden.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass auf Seite 5 der Vorlage Nr. 2011/174 festgehalten wird, unter welchen Bedingungen die Beiträge von Bund und Kanton geleistet würden.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren aus dem Stadtrat angemeldet werden.

://: Den bereinigten Anträgen des Stadtrates sowie der FIKO wird mit 29 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen zugestimmt und ein Brutto-Investitionskredit von CHF 419'000, verteilt auf die Jahre 2011 und 2012, für den Einbau von Kugelfängen bewilligt.

://: Dem FIKO-Gegenantrag, dass die Investitionskosten von maximal netto CHF 70'000 exklusiv für den Einbau von künstlichen Kugelfängen an stadteigenen Scheiben (10 Scheiben über 300m, Sektor 2 B / Scheiben 41 – 50 und 10 Scheiben über 50m (Sektor 4a/b bzw. Scheiben 1 – 20) verwendet wird, wird grossmehrheitlich bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

Traktandenlisten-Änderung

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass er soeben von Stadtrat Ruedi Riesen gebeten wurde, das Geschäft „Kreditbewilligung für die Sanierung Büchelistrasse/Obergestadeckweg“ (Nr. 2011/195) gemäss Traktandum Nr. 9 vorzuziehen. Bereits nach der Pause habe er darüber informiert, dass an der heutigen Sitzung vermutlich nicht alle Geschäfte behandelt werden können, da diese spätestens um 20.30 Uhr geschlossen werden soll. Je nach Umfang derjenigen Traktanden, welche vertagt werden müssen, ist gegebenenfalls gar die Einberufung einer Einschaltsitzung in Erwägung zu ziehen. Die Ratsmitglieder werden gebeten, sich zur kurzfristigen Traktandenlistenänderung zu äussern.

Jürg Holinger (GL) gibt bekannt, dass seine Fraktion der Traktandenlistenänderung und bevorzugten Behandlung der Vorlage Nr. 2011/195 zustimmen wird. Dies vorbehältlich dessen, dass an der heutigen Ratssitzung aber zuallererst und als nächstes noch das Geschäft „Auslagerung des Asylwesens (Nr. 2011/191)“ behandelt wird. Dieses Geschäft hat eine tiefere Bedeutung, und es kann nicht sein, dass dieses Geschäft wegen einer Neupriorisierung von einzelnen Geschäften aus zeitlichen Gründen auf einmal unter den Tisch fallen soll.

://: Mit grossem Mehr spricht sich der Einwohnerrat dafür aus, dass das Geschäft „Asylwesen-Auslagerung“ (Nr. 2011/191) vor dem Geschäft „Sanierung Büchelistrasse/Obergestadeckweg“ (Nr. 2011/195) behandelt wird.

314 0.01.011.01 Einwohnerrat

7. Schriftlicher Bericht Stadtrat zur Interpellation „Auslagerung des Asylwesens der Stadt Liestal“ von Jürg Holinger namens der Grünen Fraktion, Walter Leimgruber namens der SVP-Fraktion und Elisabeth Augstburger der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2011/191, Nr. 2011/191a)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) hält fest, dass der Vorstoss an der letzten Ratssitzung von einer Motion in eine Interpellation umgewandelt wurde. Wunschgemäss wurden die Fragen der Interpellanten vom Stadtrat mit der Vorlage Nr. 2011/191a auf die heutige Sitzung schriftlich beantwortet. Betreffend der Ausstandspflicht von Einwohnerrätin Elisabeth Spiess habe er mit ihr vereinbart, dass sie sich nicht zu Wort melden wird und bei einer allfälligen Abstimmung den Stadtsaal verlassen bzw. in den Ausstand treten würde, wie dies § 8 des ER-Geschäftsreglementes vorschreibt.

Jürg Holinger (GL) erklärt, seine Fraktion sei mit dem Umfang der stadträtlichen Antwort gemäss Vorlage Nr. 2011/191a, jedoch nicht mit dem Inhalt der Antworten zufrieden, weshalb die Diskussion gewünscht wird. Die stadträtlichen Antworten sind unbefriedigend und werfen noch mehr Fragen auf. Die Auslagerung soll die Stadt 20'000 Franken teurer kommen als der bisherige Betrieb. Weiter habe die Stadtpräsidentin in der FIKO geäussert, dass die Asylanten bisher eher zu gut betreut wurden. Jetzt habe man die einmalige Situation, dass mit der Auslagerung die Qualität der Asylanten-Betreuung verschlechtert wird und man zugleich dafür mehr bezahlen muss. Bis anhin war eine Betreuung tagsüber gewährleistet, in Zukunft wird es 3 Kontrollen pro Woche geben. Bis heute hatten die Mitarbeiter einen Passus für einen 24-Stunden-Kontrolldienst in den Arbeitsverträgen und deren Telefon-Nummern waren bei der Polizei deponiert. Der Betrieb war gewährleistet. In der Privatwirtschaft finde bei einem Stellenabbau auch ein Kostenabbau statt, im vorliegenden Fall sei es aber umgekehrt. Die Stellvertretung bei den Sozialen Diensten wird durch die Firma ABS gewährleistet und weshalb sollte dies beim WAL nicht auch möglich sein? Auch hätten die WAL-Büros ins Rathaus verlegt werden können. Weiter interessiere es ihn, wie es feuerpolizeilich sei, wenn man das WAL jetzt mit neu 30 Personen überfülle, wurden dort bis anhin doch maximal 24 Bewohner einquartiert. Kommen die zusätzlichen Personen aus anderen Gemeinden? Ist Liestal daran interessiert, diese aufzunehmen, auch wenn keine Verpflichtung dazu besteht? Mit dem anmassenden Brief der Firma ABS an den Stadtrat und Einwohnerrat habe sich die Firma ABS selbst disqualifiziert. Zusammenfassend sei zu sagen, dass eine gut funktionierende Organisation, bei der es Optimierungsmöglichkeiten gegeben hätte, zerschlagen und durch eine schlechte Lösung ersetzt wurde. Dies, ohne ernsthaft über Verbesserungen im bisherigen System nachzudenken, ohne die betroffenen WAL-Mitarbeitenden in die Entscheidungsfindung einzubeziehen und ohne Rücksicht auf deren Arbeitsplätze zu nehmen.

Walter Leimgruber (SP) hält fest, dass auch in seiner Fraktion die stadträtlichen Antworten zur Interpellation Anlass zu weiteren Fragen gegebenen hatten. Seines Wissens sei einzige Instanz das Kantonale Sozialamt, welches Asylanten zuweise und nicht eine private Firma. Er spreche hier auch als ehemaliger Präsident der Sozialhilfebehörde und als ehemaliger Verantwortlicher des WAL. Zu seiner Zeit sei die Führung des WAL in der Zuständigkeit der Sozialhilfebehörde gewesen. Er möchte gerne darauf zurückkommen, ob eine solche Vereinbarung noch vorhanden sei oder nicht. Obwohl wir in der Schweiz sehr viele Asylbewerber haben, welche beim Bund aber aufgrund der neuen Strategie hängen bleiben, ist es doch Tatsache, dass weniger Leute in die Kantone und somit in die Gemeinden kommen, weshalb das WAL unterbelegt ist. Die daraus abzuleitende Frage sei die, nach welchen Kriterien denn die Heime gefüllt werden. Hat die Firma ABS oder der Kanton bezüglich Belegungen das Sagen? Um Klarheit in der Fraktion zu erhalten, habe man noch Informationen eines Sozialhilfebehördemitgliedes erhalten. Das Gehörte sei sehr eigenartig gewesen. Die Sozialhilfebehörde habe grünes Licht vom Stadtrat für Abklärungen und Verhandlungen mit der ABS erhalten, welche sie dann auch führte. Es wurden unterschiedliche Aussagen zur

Auslagerung im Voranschlag, Jahresprogramm und Entwicklungsplan gemacht. Die Sozialhilfebehörde-Abklärungen verliefen längere Zeit ohne Wissen des Stadtrates, obwohl dieser in der Sozialhilfebehörde vertreten sei. Hier gab es offensichtlich ein Kommunikationsproblem. Personalfragen konnten in den Verhandlungen nicht behandelt werden, da hier die Zuständigkeit beim Stadtrat liegt. Dies war der Sozialhilfebehörde nicht oder zu wenig bewusst. Es sei schwierig, hier nachzuvollziehen, was alles geschehen ist. Die Fraktion schlägt deshalb vor, dass sich die GPK um das vorliegende Geschäft kümmert, da die Abläufe Optimierungspotenzial haben und man Lehren daraus ziehen könne. Die SP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass jede Auslagerung tel quel etwas Schlechtes sei, aber die Klarheit über den ganzen Prozess fehlt und hinterlasse einen nicht so guten Eindruck.

Doris Lagnaz (CVP/EVP/GLP) dankt den beiden Vorrednern für die fundierten Aussagen und Abklärungen, welche sie vollumfänglich unterstützen könne. Der Vorschlag, das Geschäft an die GPK zu überweisen, werde von ihrer Fraktion unterstützt. Man möchte nicht, dass nochmals so etwas passiere und man über Geschehenes derart im Unklaren bleibe. Ihre Fraktion sei sich bewusst, dass es gute Gründe dafür gegeben habe, aber die Fakten und Zahlen sprechen für sich. Zahlen würden Menschen gegenübergestellt. Stark zu gewichten ist aber, dass immer Menschen und Schicksale dahinterstehen. Dies sei eine Wertschätzung gegenüber betroffenen Mitarbeitenden.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, auch seine Fraktion unterstütze die Voten bezüglich den vorgeschlagenen Abklärungen durch die GPK. Der Fokus ist aber auf Amtsgeheimnisverletzungen zu richten, da Internas aus dem Stadtrat an die Presse gelangten. Das Asylwesen selbst sei ein Business mit starken Fluktuationen. Die Auslagerung an einen kompetenten Partner, der mehrere Gemeinde betreue, eigne sich deshalb und mache Sinn. Auch die im Voranschlag 2012 abgebildeten Zahlen erstaunten und dürften wohl kaum stimmen. Man ist hier wohl von einem gefüllten WAL ausgegangen, was aber nicht der Fall ist. Das ABS-Schreiben möchte er nicht kommentieren, doch sind die darin aufgeführten Zahlen auch nicht ganz falsch. Die Firma ABS habe eine hervorragende Reputation. Seine Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtratsentscheid betreffend der WAL-Auslagerung gesamthaft gesehen aber doch richtig war.

Erika Eichenberger (GL) hält fest, dass man im Zusammenhang mit der Stadtpolizei-Auslagerung in eine Pilotphase ging, beim WAL wurde jedoch alles im Schnellverfahren umgesetzt. Schriftlich festgehalten war alles im Voranschlag 2012 und im Jahresprogramm 2012. Da im Entwicklungsplan 2011-2015 eine Auslagerung als nicht sinnvoll taxiert wurde, habe man sich zurückgelehnt und gedacht, die Sache sei vom Tisch. Auch im Entwicklungsplan 2012-2016 sei die WAL-Auslagerung mit keinem Wort erwähnt. Erst im Nachhinein kam sie dann an die Oberfläche. Die bisherige Organisation war fähig, Fluktuationen auffangen. Die Fraktion erwarte, dass der Stadtrat die Entwicklung genauestens beobachte und auch den Mut aufbringt, diese Übung wieder abzubrechen, wenn sich Probleme im Zusammenhang mit der Auslagerung an ABS oder Mehrkosten ergeben sollten. Im Jahresprogramm 2012 steht, dass eine Überprüfung der Strukturen im Asylbereich vorgesehen sei. Sie frage sich, ob dies bereits die nächste Auslagerungstranche sei, die anstehe.

Stadtpräsidentin Regula Gysin hält fest, dass auf Seite 66 des Voranschlages 2012 festgehalten sei, dass [mit der Rechnung 2010](#) im Asylwesen ein Minus von CHF 150'000 ausgewiesen wurde. Im Voranschlag 2011 wurde ein Minus von TCHF 50 budgetiert, im Voranschlag 2012 ein Plus von CHF 30'000. Als man den Gedanken verfolgte, die Betreuung auszulagern, habe die Sozialhilfebehörde rechtliche Abklärungen betreffend den Zuständigkeiten getroffen. Es sei ein 6-seitiges Dokument vorhanden, in welchem die Zuständigkeit der Sozialhilfebehörde festgehalten sei. Wenn es um die Liegenschafts- und damit Personalentscheide gehe, müssen Entscheide zusammen mit dem Stadtrat getroffen werden. Im Schnitt befinden sich 22 Personen im WAL, maximal können gemäss Feuerpolizei 37 Personen aufgenommen werden. Fluktuationen habe es immer gegeben, aber man versuchte diese so gut wie möglich aufzufangen. Wir alle sind zusehends mit einer Völkerwanderung konfrontiert.

tiert, eine Personalaufstockung wäre nötig gewesen. Der administrative Aufwand, der bis jetzt durch Mitarbeitende im Rathaus und den Mitarbeitenden im WAL betrieben wurde ist enorm und die Zusammenarbeit ist nicht optimal gewesen. Als das Minus in der Rechnung ausgewiesen werden musste, hatte man Handlungsbedarf im Departement erkannt. Die Sozialhilfebehörde habe beschlossen, dass das Kontingent betreffend Aufnahme von Asylbewerber nicht überschritten werden darf. Eine Dislozierung von Bewohnern aufgrund ethischer Probleme kann nur durch das Kantonale Sozialamt beschlossen werden, was auch so bleibe. Die Firma ABS könne nach Rücksprache mit dem KSA intern nach einer Möglichkeit suchen, da sie verschiedene Heime im Kanton betreibe. Die Umstrukturierung betreffe die eingangs der heutigen Sitzung mitgeteilte Information, dass die Bereiche Soziales/Gesundheit/Kultur und Recht/Sicherheit zukünftig zum Bereich Sicherheit/Soziales zusammengelegt werden. Sie weise noch darauf hin, dass man bei der Evaluation feststellte, dass die Stromkosten anders hätten verrechnet werden sollen. Die Stromkosten der Asylbewerber wurden bis anhin durch die Stadt bezahlt. Gemäss Asylverordnung müssten diese den Asylbewerbern verrechnet werden. Zu verschiedenen Zahlen wird sich Finanzchef Peter Rohrbach äussern.

Stadtrat Peter Rohrbach bemerkt, auch er sei mehrfach zur WAL-Auslagerung angesprochen worden. Er sei im August involviert worden, ohne die Zahlen zu kennen. Der Stadtrat habe daraufhin eine Arbeitsgruppe beauftragt, die Fakten zusammen zu tragen. Er erläutere jetzt das Asylwesen anhand einer Grafik. Es beinhalte zwei Personen-Gruppen, nämlich Personen der Kategorien A und B. Personen der Kategorie B gehen gigantisch ins Budget, da sie über 1 Steuerprozent kosten. Es seien Personen, die nicht vom Bund, sondern neu im Rahmen der Sozialhilfe von der Stadt finanziert werden müssen. Arbeitsmässig falle für die Betreuung der Personen Kategorie B dieselbe Arbeit von Fachleuten und Sozialarbeitern wie bei der restlichen Sozialhilfe an. Zur Zeit werden sehr viele Zahlen zu diesem Thema herumgereicht. Der Stadtrat habe auch ein bisschen Schuld, weil diese nicht ganz sauber in der Rechnung ausgewiesen wurden. Zum Zahlenvergleich wurde ein Guide für Kategorie A und Kategorie B erstellt. Personen der Kategorie B kosten die Stadt ca. CHF 460'000. Es werde auch nicht konkret von 30 Personen gesprochen. Es ging nur um die Annahme, dass eine Belegung von 30 Personen möglich sei. Auf dieser Anzahl basiere diese Modellrechnung. Wer ist bei der Kategorie A involviert? Bis jetzt waren dies der Kanton, die Sozialhilfebehörde, die Asylbewerber und die Stadt. Die Mitarbeiter des WAL waren formell in dieser Organisation integriert. Neu ist, dass wir mit der Firma ABS nur einen Partner mehr haben. Wichtig sei, dass für den Kanton die Stadt zuständig sei. Zuerst existierte ein Vertrag zwischen der Firma ABS und der Sozialhilfe, bis sich Fragen nach Hauseigentum, Infrastruktur und Kostenübernahme stellten. Danach wurde ein Dienstleistungsvertrag, die Betreuung beinhaltend, zwischen der Firma ABS und der Stadt Liestal aufgesetzt. Der Vertrag habe eine Kündigungsfrist von 6 Monaten, die Hände sind also nicht gebunden. Dazu gebe es einen Mietvertrag für das WAL, mit einer Vergütung von 9 Franken pro Tag und Person. In diesem Zusammenhang kam die Amtsgeheimnisverletzung ins Spiel. Bei der Rechnungslegung orientieren wir uns an Kantonalen Vorschriften, nach welchen wir Einnahmen und Ausgaben ausweisen. Die KSA vergüte 2012 pro Tag und Person den Betrag von CHF 36. Gemäss Gesetz müssen den Asylbewerbern CHF 19.30 für den Lebensunterhalt vergütet werden. Nicht eingeschlossen ist die Betreuung und das Wohnen im Gesamtbetrag von CHF 16.70. Die Stadt Liestal ist für das Gebäude des WAL verantwortlich. Hier habe die Stadt einen Fixaufwand. Gegenüber einer Belegung von 25 bis 30 Personen stehe der variable Ertrag. Die Schnittstelle für Aufwand und Ertrag liegt für die Stadt mit diesen Erträgen bei rund 21 Personen. Was heisst dies? Ist man über dem break even, gibt es einen kleinen Ertrag, darunter einen kleinen Verlust, bezogen auf die Fixkosten. Bei 30 Personen sind das ungefähr CHF 30'000, bei einer höheren Belegung nimmt dies stark zu. Es ging darum, Abschätzungen zu machen. Der Stadtrat wurde von zwei Seiten angegriffen. Die einen sagen, es werde zu gut, die anderen sagen, es werde völlig schlecht dargestellt. Die Inputs der Gefragten und Ungefragten waren sehr zahlreich. Leider sind im Voranschlag 2012 die finanziellen Änderungen nicht ganz sauber abgebildet, da darin immer noch Personalkosten enthalten sind. Man müsse sich jetzt auch nicht wegen der Belegung von angenommen 30 Personen ereifern,

denn das Gesamtbild ist zu betrachten. Er bedaure die emotionalen Reaktionen und auch was der Brief ausgelöst habe. Den Brief der Firma ABS habe primär die Basler Zeitung erhalten, dem Stadtrat und Einwohnerrat ist dieser nur zur Kenntnisnahme zugestellt worden. Der Stadtrat sah sich nicht dazu veranlasst, diesen zu beantworten.

Walter Leimgruber (SP) möchte wissen, was es für die weiteren Abklärungen durch die GPK brauche.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) informiert darüber, dass ein GPK-Auftrag im Zusammenhang mit einer Interpellationsbeantwortung nicht möglich ist. Die GPK könnte sich aber mit weiteren Abklärungen selbst beauftragen.

Thomas Eugster (FDP) spricht Stadtrat Peter Rohrbach den besten Dank für dessen transparente Ausführungen aus.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Fragen der Interpellanten.

315 0.01.011.01 Einwohnerrat

9. Kreditbewilligung für die Sanierung Büchelistrasse / Obergestadeckweg – Strasse: CHF 120'000.-; Wasserleitung: CHF 250'000.-; Abwasserleitung: CHF 150'000.- (Nr. 2011/195)

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) kann feststellen, dass das Eintreten auf die stadträtliche Vorlage unbestritten ist.

Auch beim vorliegenden Geschäft hatte sich BPK-Präsident Matthias Zimmermann (SP) dahingehend geäußert, dass die Vorlage nicht an die Bau- und Planungskommission überwiesen werden müsste bzw. direkt beraten werden könnte.

Die Ratsmitglieder sollen sich deshalb zuallererst zum Antrag des Büros äussern, ob die Vorlage direkt beraten oder an eine Kommission zur Vorberatung überwiesen werden soll.

Matthias Zimmermann (SP) erklärt als BPK-Präsident, dass die FIKO im Zusammenhang mit dem Voranschlag 2012 diskutiert hatte, ob der beantragte Kredit nicht als Sondervorlage behandelt, sondern im Rahmen des Voranschlages 2012 bewilligt werden könnte. FIKO und auch BPK hatten sich dann aber schlussendlich dafür ausgesprochen, dass für das Geschäft vom Stadtrat eine Sondervorlage einzureichen ist. Das nun vorliegende Geschäft ist von der BPK inhaltlich bereits geprüft und als in Ordnung befunden worden. Es gehe darum, die Werkleitungen der Stadt zusammen mit den übrigen Bauarbeiten erstellen zu können. Eine Direktberatung der Vorlage macht Sinn.

Stadtrat Ruedi Riesen führt aus, dass das Geschäft bereits im Rahmen des letzten Budgetprozesses beraten wurde. Es gehe bei der Vorlage nicht um die Umgebungsgestaltung, sondern nur um die Werkleitungen Wasser und Abwasser sowie die Strassensanierung. Diese technische Vorlage betreffe nur den die Stadt betreffenden und zu finanzierenden Teil. Die Vorlage ist in der BPK bereits vorgestellt und erörtert worden.

Hanspeter Meyer (SVP) teilt mit, dass sich seine Fraktion für eine Direktberatung der Vorlage ausspreche und auch den stadträtlichen Anträgen zustimmen wird. Folgende Fragen im Zusammenhang mit der Sondervorlage und dem Manor-Gesamtprojekt möchte er aber beantwortet haben: Ist eine vorgezogene Nutzung der Einstellhalle vor dem Weihnachtsverkauf 2012 möglich? Sind die Verkehrsumleitungen und Zufahrten gewährleistet? Könnte das Tambouren- und Pfeiferfest 2012 betreffend der Routenplanung involviert werden?

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt, ihre Fraktion werde den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Stadtrat Ruedi Riesen nimmt zu den Fragen von Hanspeter Meyer Stellung: Eine frühere Eröffnung des Parkhaus wird gemäss Aussagen der Bauunternehmung als zu gefährlich eingestuft und die Haftung abgelehnt. Betreffend den Anliegen der Verkehrsumleitungen wurde das Gewerbe und die Anwohnerschaft bereits kontaktiert und es werden Lösungen für die Umleitungen gesucht. Die Routenplanung des Pfeifer- und Tambourenfestes ist von der Organisationsplanung mit dem Organisationskomitee noch zu besprechen.

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) stellt fest, dass keine weiteren Wortbegehren mehr zum Geschäft angemeldet werden.

://: Einstimmig genehmigt der Einwohnerrat die für die Sanierung Büchelistrasse / Obergestadeckweg benötigten Kredite von CHF 120'000 für die Strassensanierung (Kto. 620.501.97), von CHF 250'000 für die Wasserleitung (Konto 700.501.95) sowie CHF 150'000 für die Abwasserleitung (Konto 710.501.97).

Ratspräsident Markus Meyer (SVP) dankt den Einwohnerrats- und Stadtratsmitgliedern dafür, dass an der heutigen Ratssitzung doch die meisten traktandierten Geschäfte behandelt werden konnten. Am 25. Januar 2012 wird eine reich befrachtete Sitzung stattfinden. Eventuell müsse aufgrund der Anzahl eingegangener Traktanden mit einer Zusatzsitzung gerechnet werden. Heute konnten nur sieben Geschäfte innerhalb von 4.5 Stunden besprochen werden. Er danke für die sehr offenen guten Diskussionen und die Zusammenarbeit im letzten Jahr. Den Ratsmitgliedern und ihren Angehörigen werden frohe Festtage und ein gutes 2012 gewünscht.

Schluss der Sitzung: 21.15 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Markus Meyer

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann